



Corona-Pandemie

Aiwanger: "Weitere Schritte zur Normalisierung des Lebens im Freistaat"

08. Februar 2022

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat nach den Beschlüssen des Ministerrats die Bedeutung der Öffnungsschritte für Wirtschaft und Gesellschaft unterstrichen. Aiwanger: "Wir haben heute weitere Schritte zur Normalisierung des Lebens im Freistaat beschlossen, von denen Bürger und Wirtschaft profitieren. Mehr Zuschauer in Sport und Kultur bringen mehr Menschen in den Genuss dieser Veranstaltungen und verbessern die Wirtschaftlichkeit. Die Aufhebung der Sperrstunde in der Gastronomie ist angesichts der geringen Klinikbelastung ein verantwortbarer Schritt zu mehr Geselligkeit auch im öffentlichen Raum, die viele Menschen zuletzt vermisst haben. 3G bei körpernahen Dienstleistungen war überfällig, damit auch Menschen ohne vollen Impfstatus wieder zum Friseur etc. gehen können."

Der Staatsminister fordert von der Bundesregierung, nun rasch Konsequenzen aus der mangelnden Belastbarkeit des Gesundheitssystems in den zurückliegenden Monaten zu ziehen. Aiwanger: "Das Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen hat vielfach am Anschlag gearbeitet, aber diese Menschen sind viel zu wenige in Deutschland. Wir müssen jetzt bundesweit konsequent das Krankenhaus- und Pflegesystem stärken, vor allem personell, um für die Zukunft belastbarer zu sein und nicht bei eventuell wieder steigenden Infektionszahlen - bei welcher Krankheit auch immer - gleich wieder Schließungen verkünden zu müssen."

Mit Blick auf die nächste Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) am 16. Februar erklärte Aiwanger: "Wir brauchen in den nächsten Wochen deutschlandweit einen klaren Kurs, der 2G wieder durch 3G ersetzt. Derzeit dürfen jugendliche Ungeimpfte beispielsweise nicht mal getestet ins Kino oder in den Zoo. Außerdem muss 3G statt 2G rasch für alle Bürger auch bei Aufenthalt an der frischen Luft beispielsweise für Freizeitparks, Zoos, botanische Gärten gelten und Getestete müssen auch wieder in Restaurants dürfen."

Der Staatsminister betonte, dass durch die willkürliche Aberkennung des Genesenenstatus nach drei Monaten zahlreiche Bürger plötzlich über Nacht von vielen Einrichtungen ausgeschlossen wurden. Aiwanger: "Der Genesenenstatus muss unbedingt wieder auf mindestens sechs Monate angehoben werden."

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 56/22